

Unmut über Bauwagensiedlung

Seit Jahren besetztes Areal treibt Bündnis Deutschland um – Senat lässt sich mit Legalisierung Zeit



Kein Strom, kein Wasser, keine Müllabfuhr, keinerlei Vertrag: „alternative Wohnform“ alias Wagenburg am Hagenweg in Walle.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

VON JOERG HELGE WAGNER

Bremen. Offenbar übt der Hagenweg im Stadtteil Walle große Anziehungskraft aus auf Menschen, die sich „alternativen Wohnformen“ verschrieben haben – also ohne gemeinhin übliche Standards wie Strom- und Wasseranschluss, Müllentsorgung, Meldepflicht. Vor allem aber ohne die damit verbundenen Kosten, Kontrollen und gegebenenfalls Konsequenzen. Schon im September 1995 besetzten sieben lesbische Frauen mit ihren Bau- und Zirkuswagen eine Wiese beim Parzellegebiet. Sie wurden jedoch binnen Tagen mit der Drohkulisse von 20 SEK-Beamten vertrieben, wie die „Taz“ damals berichtete. Die aktuellen Besetzer halten sich deutlich länger, nämlich seit Ende 2018. Die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis Deutschland (BD) veranlasste dies nun zu einer Großen Anfrage an den Senat – doch dessen Antwort befriedigt die konservative Gruppierung keineswegs.

Konkret wollte BD von der rot-grün-roten Landesregierung wissen, warum sie die illegale Nutzung des Areals duldet, ob es inzwischen einen Zwischennutzungsvertrag gibt, wie es um die Entsorgung von Müll und Abwasser sowie auf dem Areal abgestellte Schrottfahrzeuge steht. Aber auch, warum für den Umgang mit den Bauwagen-Leuten andere Maßstäbe gelten als für benachbarte Kleingärtner, wenn die womöglich mal häufiger in ihren Lauben übernachten. Zudem hegt BD den Verdacht, dass aus der Wagenburg heraus Straftaten begangen wurden,

wie die letzten vier von insgesamt zwölf Fragen nahelegen. Der Senat bekennt sich ausdrücklich dazu, dass er „alternative Wohnformen im urbanen Raum“ unterstützen möchte – was sich jedoch seit bald drei Jahren in einer stillschweigenden Duldung ohne weitere Bewegung in der Sache erschöpft. Einziger erkennbarer Fortschritt: Die Besetzer der „Ölhafen-Initiative“, benannt nach einem zuvor okkupierten Areal in der Überseestadt, sind inzwischen ein eingetragener Verein. Doch zwischen „Ölhafen e.V.“ (mit dänischem Ö) und Senat gibt es immer noch keinerlei Vertrag.

Professionelles Konzept

Den aber hatte die damals zuständige Senatorin Maike Schaefer (Grüne) Mitte Juni 2021 nach einem Runden Tisch in Aussicht gestellt. Für die stellvertretende Regierungschefin hatte die Vermittlung zwischen Ortsamt, Beirat, Kleingärtnern und Grundstücksbesetzern ausdrücklich hohe Priorität. „Wir haben noch offene Fragen zur Ver- und Entsorgung, Lärm- und Sichtschutz, die nun sauber abgearbeitet werden, damit wir zeitnah eine Genehmigung aussprechen können“, bilanzierte Schaefer nach der zweistündigen Videokonferenz. Denn auch dies wurde damals am Runden Tisch deutlich gemacht: Nach geltendem Recht handelt es sich bei dem besetzten Gelände um eine öffentliche Grünfläche, auf der Wohnen verboten ist.

Das war den Ölhafen-Leuten offenbar längst klar. Vorsorglich hatten sie bereits im

Januar 2021 ein elfseitiges, professionell anmutendes Konzept für einen Wagenplatz am Hagenweg vorgelegt, inklusive Karte mit Stellplätzen, Werkstätten, Generator, Kompost, Toilette, Bühne sowie Orten für Feuerlöscher und Erste-Hilfe-Kästen. Das aber reichte der Baubehörde noch nicht für einen Vertrag zur Zwischennutzung. Um Konflikte zu vermeiden und eine gewisse Legalität herzustellen, behalf man sich mit dem bremischen Wohnwagengesetz, das eine befristete Genehmigung der Bauwagen-Kolonie unter gewissen Rahmenbedingungen zulässt.

Doch nach dem Konzept von 2021 kam offenbar nichts mehr aus der Wagenburg. Zumindest nicht genug für den angestrebten zivilrechtlichen Zwischennutzungsvertrag. „Die Vervollständigung der erforderlichen Angaben und Nachweise ist Aufgabe der Ölhafen e.V. und noch in Arbeit“, teilt der Senat jetzt dem BD mit. Deshalb sei „die Überprüfung der Voraussetzungen für eine Übergangsweise Duldung der Zwischennutzung noch nicht abgeschlossen“.

Noch nicht abgeschlossen sind auch die einst von Schaefer und nun erneut von BD aufgeworfenen Fragen nach Ver- und Entsorgung bei der alternativen Wohnform am Hagenweg. „Bisher besteht kein Anschluss an die öffentliche Strom- und Wasserversorgung sowie die Müllentsorgung (außer Altpapier)“, schreibt der Senat und versichert: „Die Müllentsorgung erfolgt regelmäßig auf private Kosten der Initiative.“

„Nach polizeilichen Erkenntnissen“ stünden zwar mehrere nicht fahrbereite Fahr-

zeuge auf dem Gelände, so die Regierung, aber eine Nutzung als Schrottplatz – wie von BD vermutet – sei „nicht bekannt“. Ebenso wisse man nichts von einer illegal betriebenen Kfz-Werkstatt. Auch zwei unaufgeklärte Diebstähle, die sich im Umfeld der Wagenburg ereignet hatten, könne man nicht mit den Bewohnern in Zusammenhang bringen.

Piet Leidreiter, den BD-Fraktionschef in der Stadtbürgerschaft, beruhigt das nicht. Er fordert, „dass der Senat geltendes Recht durchsetzt und gegen die illegale Nutzung der Grünanlage konsequent vorgeht“. Denn das Wohnen in der angrenzenden Kleingartenkolonie werde ja auch von der Bauaufsicht „mit großem Elan kontrolliert“.

Ziel von Attacken

Nachdem die Bauwagen-Bewohner im Februar Ziel von Attacken mit Steinen und Pfefferspray wurden, gelten sie in der Koalition jedoch eher als besonders schutzbedürftig. Anders als für eine von der „Taz“ befragte Bewohnerin ist für Nelson Janßen eindeutig, dass es sich um „rechte Angriffe“ handelte. Dem BD wirft der Fraktionschef der Linken deshalb vor, mit seiner Anfrage „eine Täter-Opfer-Umkehr zu betreiben“. Schon deshalb stelle sich die Linke hinter das Bauwagen-Projekt. Das wird bislang auch von SPD und Grünen trotz mancher Bedenken auf Beirats-Ebene nicht infrage gestellt. Angestrebt ist laut Senat eine „temporäre Duldung“ von 20 Wagenplätzen und fünf „Gastparkplätzen“. Also der seit gut fünf Jahren herrschende Ist-Zustand.

Kommentar Seite 2